

---

FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 03.05.2019

## » DIE EUROPÄISCHE UNION ZUR KLIMASCHUTZ- UNION MACHEN



Die Schülerinnen und Schüler, die jeden Freitag für „Fridays for Future“ auf die Straße gehen, haben verstanden. Politische Entscheider überall in Europa leider noch nicht: Die Klimakrise eskaliert. Eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen auf unserer Erde ist in großer Gefahr. Trotz zahlreicher Klimagipfel und Klimaschutzbekenntnisse steigen die Treibhausgase ungebremst an.

Immer mehr Menschen weltweit spüren, dass der Planet aus dem Gleichgewicht gerät und sich ihre Umwelt verändert. Dürren und Hitzesommer, Waldbrände und Ernteauffälle, Überschwemmungen, Starkregen und Stürme werden auch in Europa weiter zunehmen, wenn wir nicht endlich umsteuern. Wüstenbildung in Spanien, verheerende Waldbrände in Griechenland und Portugal, Dürren in Brandenburg – die Klimafrage brennt und wir müssen umgehend handeln.

Vor vier Jahren hat sich die Weltgemeinschaft und damit auch die EU und Deutschland bei der 21. UN-Klimakonferenz in Paris das Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad, zu begrenzen. Doch seitdem geschieht viel zu wenig. Kein europäisches Land ist auf Kurs, das Pariser Abkommen einzuhalten. Auf europäischer Ebene gab es manchen Erfolg, aber auch hier klafft eine große Lücke zwischen dem Beschlossenen und dem Notwendigen.

Europa hat als reicher Kontinent die Pflicht und alle Möglichkeiten, der Klimakrise endlich entschlossen entgegenzutreten. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energieunabhängigkeit erreicht werden, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen werden. Eine zukunftsfähige Wirtschaft orientiert sich schon heute an den Veränderungen, die in den nächsten Jahrzehnten zwangsläufig kommen werden: Umstellung auf erneuerbaren Strom, erneuerbare Wärme, Elektromobilität und emissionsfreie Antriebe, Gebäude, die selber Energie erzeugen und Land- und Forstwirtschaft, die CO<sub>2</sub> binden.

Klimaschutz in Europa wird derzeit doppelt ausgebremst. Im Europäischen Parlament haben die Rechtspopulisten und die Europäische Volkspartei die notwendigen Fortschritte bei der Bekämpfung der Klimakrise bisher immer wieder verhindert. Und im Europäischen Rat bremsen wichtige Mitgliedsstaaten. Ganz vorne mit dabei: die deutsche Bundesregierung. Sie kämpft entschlossen für rückwärtsgewandte Wirtschaftsinteressen und gegen alle ambitionierten Klimaschutz-Maßnahmen. Schwarz-Rot gibt den Schutzpatron für schwere Diesel-PKW made in Germany, für die Profite der Bauindustrie und für die industrielle Landwirtschaft anstatt sich für die Interessen der Menschen in Deutschland und Europa einzusetzen. Ambitionierte Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Fahrzeuge, ein klares Bekenntnis zu 100% Erneuerbaren Energien bis 2050, strenge Energiesparstandards für Gebäude, Industrie und Geräte – alles blockiert und verhindert durch Interventionen der Bundesregierung. Angebote für eine europäische Zusammenarbeit, z.B. beim CO<sub>2</sub>-Preis durch Frankreich, lässt sie unbeantwortet liegen.

Dabei wird die Zeit zum Umsteuern immer knapper. Die Europawahl ist deshalb eine Klimawahl. Es ist höchste Zeit, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten ihre Klimapolitik endlich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet. **Die Europäische Union muss zur Klimaschutz-Union werden.** Und Deutschland muss dazu endlich wieder einen Beitrag leisten.

# 10 SCHRITTE ZUR EUROPÄISCHEN KLIMASCHUTZ-UNION

## » Schritt 1: Die EU setzt sich ambitionierte Klimaschutzziele

Das europäische Klimaschutzziel muss auf 60% Treibhausgas-Reduktion bis 2030 erhöht werden. Noch vor dem Klimagipfel des UN-Generalsekretärs Ende September diesen Jahres soll eine ambitionierte Klimalangfriststrategie bis 2050 verabschiedet werden. Die Vorschläge liegen alle auf dem Tisch, die Bundesregierung muss endlich ihren Widerstand aufgeben und zugleich national mit einem Klimaschutzgesetz das Erreichen der deutschen Klimaziele verbindlich machen.

## » Schritt 2: Die EU wird zur Erneuerbaren Energien-Union

Europa ist reich an sauberen Energiequellen. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien ist DIE Chance, nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für zukunftsfähiges Wirtschaften, mehr Arbeitsplätze, Unabhängigkeit von fossilen Exporten und für regionale Wertschöpfung gerade in den wirtschaftlich schwächeren Staaten. Europa muss raus aus Atom und Kohle und bis 2050 seinen Energiebedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien decken. Darauf wollen wir auch die europäischen Strukturfonds und Investitionsmittel ausrichten.

Die Bundesregierung muss hier auch national handeln. Wenigstens der von der Kohlekommission vorgeschlagenen Kohleausstieg muss jetzt gesetzlich umgesetzt und die ins Stocken geratene Energiewende wieder in Gang gebracht werden: Solaranlagen auf die Dächer, moderne Windkraftanlagen, intelligenter Netzausbau und mehr Speicher.

## » Schritt 3: Die EU setzt auf vernetzte Energie statt fossile Importe

Die starke Abhängigkeit Europas von klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung überwunden werden. Stattdessen wollen wir die heimischen erneuerbaren Energieträger, europäische Stromnetze, Energieeffizienz und Gebäudesanierung in der EU vorantreiben. Deutschland muss aufhören, mit Unterstützung von Projekten wie North Stream 2 eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu hintertreiben.

## » Schritt 4: Die EU gibt CO2 einen Preis

Der Ausstoß des klimaschädlichen CO2 muss endlich einen fairen Preis bekommen. Die Klimakrise wartet nicht, bis innerhalb der G20-Staaten ein Preis festgelegt oder gar der Emissionshandel weltweit eingeführt ist. Da derzeit nicht einmal der Europäische Emissionshandel (ETS) ausreichend gegen die Klimakrise wirkt, braucht es einen CO2-Mindestpreis. Neben starkem Ordnungsrecht müssen alle Sektoren, sowohl der im ETS als auch in den Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind, einer CO2-Bepreisung unterliegen. Damit finanzieren die klimaschädlichen Fossilen die Erneuerbaren. Umweltverschmutzung muss stärker besteuert und dafür die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden.

Die Klimakrise wartet aber nicht, bis die CO2-Bepreisung oder gar der Emissionshandel weltweit eingeführt sind. Deutschland muss daher sofort handeln und zunächst mit den dazu bereiten EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, in den Nicht-ETS-Bereichen die Energiesteuern so zu reformieren, dass sie einen wirksamen CO2-Preis abbilden. Die Einnahmen

sollen an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen. Um das Ziel, prozess- und rohstoffbedingter Treibhausgasemissionen in energieintensiven Branchen vollständig, zumindest aber weitgehend abzubauen, müssen industrielle Leuchtturmprojekte gefördert werden.

### » Schritt 5: Die EU wird zum Vorreiter emissionsfreier Mobilität

Die Automobilindustrie spielt für ganz Europa eine entscheidende Rolle – für das Klima, für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze. Doch Europa droht den Wandel zu verschlafen. Um diesen zentralen Industriezweig zukunfts- und wettbewerbsfähig zu halten, muss der Staat klare Rahmenbedingungen setzen: planbare und ambitionierte Grenzwerte, Quoten und Zulassungsgebote für emissionsfreie Fahrzeuge, Infrastruktur für Elektromobilität. Damit wir es schaffen, im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu gestalten, sollen rechtzeitig nur noch solche Fahrzeuge neu zugelassen werden, die klimaneutral angetrieben werden, für PKW z.B. ab 2030. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil angetriebenen Fortbewegungsmittel.

Deutschland kommt mit seiner Autoindustrie eine besondere Bedeutung zu. Die deutsche Bundesregierung bremst den Übergang zu emissionsfreier Mobilität in Deutschland und in Europa aus, wo sie nur kann. Sie muss endlich zum Antreiber werden: zügiger Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, Einführung eines Bonus-Malus Systems in der Kfz-Steuer und Setzen eines Enddatums für den fossilen Verbrennungsmotor.

### » Schritt 6: Die EU ermöglicht nachhaltige Mobilität

Klimafreundliche Mobilität für alle in Europa ist nur zu erreichen, wenn zugleich die Rahmenbedingungen für Fuß- und Radverkehr, ÖPNV- sowie Bus- und Bahnverbindungen verbessert werden. Das Ziel muss sein: „mehr Mobilität – weniger Autoverkehr“. Deshalb brauchen wir gut vernetzte und vor allem grenzüberschreitende öffentliche Verkehrssysteme. Nur mit guten Alternativangeboten wie einem europäischen Schnellzug- und Nachtzug-Netz werden wir den immer noch wachsenden Flugverkehr eindämmen. Dazu gehört aus Gründen der Klima- und Wettbewerbsgerechtigkeit auch die Abschaffung der Energiesteuersubvention für Flugkerosin.

### » Schritt 7: Die EU stellt um auf klimafreundliche Landwirtschaft

Mit jährlich fast 60 Milliarden Euro ist die Landwirtschaft der von der EU am höchsten subventionierte Wirtschaftszweig. Damit hat die EU ein enormes Lenkungspotenzial. Das muss sie nutzen, denn die industrielle Landwirtschaft trägt erheblich zur Klimakrise bei. Derzeit wird in Brüssel die Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik verhandelt. Doch sowohl die Bundesregierung als auch konservative und sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker im Europaparlament blockieren eine ökologische Agrarwende und setzen weiter auf unkonditionierte Flächenprämien. So soll das meiste Geld weiterhin an die größten Betriebe gehen – ohne dass diese dafür relevante Gegenleistungen erbringen müssen.

Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Agrarzahungen den ökologischen Umbau der Landwirtschaft in Europa finanzieren und an Leistungen in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzstandards gebunden werden. Statt Großgrundbesitzer zu subventionieren, braucht es eine Obergrenze der Agrarzahungen und eine besondere Unterstützung von kleinen und mittleren Betrieben. Solange eine echte EU-Agrarreform auf sich warten lässt, muss sich die Bundesregierung

durch eine höhere Umschichtung der Gelder dafür einsetzen, dass statt Flächenbesitz eine zukunftsfähige Landwirtschaft finanziert wird.

### »» **Schritt 8: Die EU baut fossile Subventionen ab und finanziert Klimaschutz**

Insgesamt sollen europaweit ökologisch schädliche Subventionen beendet werden. Das Geld gehört umgewidmet: in den öffentlichen Verkehr, den Ausbau erneuerbarer Energien, Energiesparmaßnahmen und die ökologische Landwirtschaft. Investitionen in ökologische Innovationen und Technologien sollen nicht länger benachteiligt, sondern gefördert werden. Im EU-Haushalt sollten mindestens 30 Prozent der Mittel direkt für Klimaschutz und 10 Prozent für Naturschutz eingesetzt werden. Mittel für das Kernfusionsprojekt ITER können dabei nicht angerechnet werden. Alle EU-Investitionen zum Beispiel der Europäischen Investitionsbank müssen klimafreundlich ausgerichtet werden. Statt fossile Infrastruktur zu finanzieren, die in ein paar Jahren überflüssig wird, brauchen wir Geld für klimafreundliche Europaprojekte.

Auch hier muss Deutschland handeln: In Brüssel den Widerstand gegen einen starken Schwerpunkt Klimaschutz im EU Haushalt aufgeben, in Berlin klimaschädliche Subventionen abbauen wie Dieselsubventionen oder das Dienstwagenprivileg.

### »» **Schritt 9: Die EU gestaltet den Wandel sozial**

Wir wollen, dass niemand bei der notwendigen sozial-ökologischen Transformation zurück gelassen wird. Vom Strukturwandel besonders betroffene Regionen und ArbeitnehmerInnen (z.B. beim Kohleausstieg) sollen beim Aufbau neuer zukunftsfähiger Strukturen und Arbeitsplätze unterstützt werden. Soziale Belastungen müssen ausgeglichen werden.

### »» **Schritt 10: Die EU macht ihre Handels- und Weltpolitik klimagerecht**

Wir wollen alle EU-Handelsabkommen auf Vereinbarkeit mit den Klimazielen des Paris-Abkommens und auf Klimagerechtigkeit überprüfen und die Möglichkeit schaffen, dass Handelsabkommen gekündigt werden können, wenn ein Handelspartner aus dem Pariser Klimavertrag austritt. Bei Nichteinhaltung der Pariser Klimaziele sollen Sanktionen möglich sein; Handelsverträge, die die Pariser Klimaschutzziele unterlaufen, dürfen nicht abgeschlossen werden.

Es ist Aufgabe der EU, insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer technisch und finanziell bei Anpassung und Bewältigung der Klimakrise zu unterstützen. Und auch Europa ist gefragt, wenn Menschen gezwungen sein werden, ihre Heimat klimabedingt zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, ihnen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. So soll die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und im Rahmen einer gemeinsamen Regelung den Bewohnerinnen und Bewohnern von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten.

**Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Dafür haben wir alle Möglichkeiten in der Hand. Machen wir Europa zur Klimaschutz-Union!**